



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

4. Quartal 2023

Rückblick
Wintersession
2023

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 4. bis zum 22. Dezember 2023 versammelten sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession. Während drei Wochen berieten sie sich unter anderem über gesundheitspolitische Geschäfte und trafen wichtige Entscheidungen für die Schweiz.

Nach 14 Jahren Beratung wurde die «Monismus-Vorlage» in der Schlussabstimmung von beiden Räten angenommen. Die einheitliche Finanzierung ambulant und stationär (Efas) soll helfen, die Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen. Besprochen wurde neben vielen weiteren Geschäften auch die Beschleunigung von Fortschritten bei der Einführung des elektronischen Patientendossiers. Eine kompakte Zusammenfassung lesen Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Der zweite Teil dieser Ausgabe enthält einen Überblick über weitere relevante gesundheitspolitische Entscheide und Meldungen im vierten Quartal 2023. Dazu zählen unter anderem die Genehmigung der aktualisierten nationalen Tarifstrukturen im stationären Bereich, die Senkung der Medikamentenpreise im Rahmen der Arzneimittelüberprüfung 2023 sowie die Infektionsprävention für eine dauerhafte Wirksamkeit von Antibiotika.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Wintersession 2023.

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

KOSTEN

09.528 Parlamentarische Initiative | Eingereicht von Ruth Humbel, Die Mitte

Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

Status: von beiden Räten in der Schlussabstimmung angenommen.

Ziel der Monismus-Vorlage ist es, die Finanzierung der ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen zukünftig einheitlich zu regeln. Krankenversicherungen und Kantone sollen die von der Grundversicherung gedeckten ambulanten und stationären Behandlungen gemeinsam bezahlen. Die Kantone sollen neu für mindestens 26.9 % und die Krankenversicherer über die Prämien höchstens für 73.1 % der Leistungskosten aufkommen. Für Pflegeleistungen müssen Tarife vorliegen, die auf einer einheitlichen, transparenten Kosten- und Datenbasis beruhen. Und die Tarife müssen die Kosten decken. Versicherte müssen weiterhin einen spezifischen Beitrag für Leistungen der Langzeitpflege zahlen, ob ambulant oder stationär. Die Kantone können den Beitrag übernehmen.

Der Anteil der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) an der Finanzierung von Vertragsspitalern – Spitäler, die nicht auf kantonalen Spitalisten stehen – bleibt bei den heutigen 45 %. Dies soll einen Prämienanstieg und eine Besserstellung dieser Spitäler gegenüber Listenspitalern verhindern.

Referendum im Spiel: Verbände des Pflegepersonals haben in den vergangenen Tagen ein Referendum ins Spiel gebracht. Die Vorlage sei falsch und gefährlich – für das Pflegepersonal, die Versorgungsqualität und für die Versicherten, schrieb zum Beispiel der VPOD.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20090528>

KOSTEN

21.3779 Motion | Eingereicht von Vincent Maitre, Die Mitte

Die Krankenversicherer sollen dem BAG genau, vollständig und kostenlos Daten liefern

Status: abgelehnt vom Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, damit die Krankenversicherer gemäss der anwendbaren Gesetzgebung dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) genau, vollständig und kostenlos die Daten zur Verfügung stellen, die das BAG zur Verfolgung der Gesundheitskostenentwicklung und zur Aufsicht über die obligatorische Krankenpflegeversicherung benötigt.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213779>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

VERSORGUNG

23.4088 Motion

Eingereicht von Peter Hegglin, Die Mitte

Lockerung des Vertragszwangs im KVG

Status: In Kommission des Ständerats.

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) dahingehend anzupassen, dass der Kontrahierungszwang im ambulanten und im stationären Bereich gelockert wird. Damit die Versorgung der Patientinnen und Patienten auf dem heutigen hohen Niveau gewährleistet ist, sind folgende Eckwerte zur berücksichtigen:

- Versorgungssicherheit ist sichergestellt;
- die heutigen Anforderungen an Qualität und Wirtschaftlichkeit müssen erfüllt sein;
- wettbewerbskonformes und korrektes Verhalten ist sichergestellt.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Patient:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20234088>

VERSORGUNG

19.508 Parlamentarische Initiative

Eingereicht von Brigitte Crotzaz, Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Änderung der gesetzlichen Grundlagen, sodass Swissmedic Dosierungen und Packungen von Arzneimitteln auch dann auf die Spezialitätenliste setzen kann, wenn das Gesuch nicht vom Hersteller stammt.

Status: zugewiesen an die behandelnde Kommission.

Die gesetzlichen Grundlagen werden so geändert, dass Swissmedic ohne ausdrückliches Gesuch der Pharmaindustrie spezielle, günstigere Dosierungen von bereits in anderen Dosierungen zugelassenen Arzneimitteln in die Spezialitätenliste aufnehmen darf. Der Entscheid, ein Medikament aus Gründen der Wirtschaftlichkeit in die Spezialitätenliste aufzunehmen, kann von der Swissmedic getroffen oder von Patientenverbänden, Facharztgruppen oder Versicherern verlangt werden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190508>

DIGITALISIERUNG

23.061 Geschäft des Bundesrates

Revision elektronisches Patientendossier EPDG (Übergangsfinanzierung und Einwilligung)

Status: in Kommission des Ständerats.

Der Bundesrat will das elektronische Patientendossier (EPD) weiterentwickeln und dessen Verbreitung vorantreiben. Mit maximal 30 Millionen Franken Bundesgeldern soll die Verbreitung des E-Patientendossiers in der Bevölkerung schon vor der grossen Reform des Bundesgesetzes über das EPD gefördert werden. Dies, sofern sich die Kantone in mindestens demselben Umfang an den jährlichen Kosten der EPD-Anbieter beteiligen. Das elektronische Patientendossier ist eine digitale Sammlung wichtiger Informationen rund um die Gesundheit einer Person. Mit dem EPD verfolgt der Bund mehrere Ziele: Medizinische Behandlungen sollen besser werden, die Effizienz des Gesundheitssystems soll gesteigert und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten erhöht werden. Diese Vorlage kann voraussichtlich Ende 2024 in Kraft treten.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230061>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

DIGITALISIERUNG

23.4319 Postulat

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR

Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie DigiSanté und/oder bei der Revision des EPDG

Status: angenommen vom Ständerat. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu präsentieren, die darauf abzielen, dass die digitalen Systeme im Gesundheitswesen (inkl. EPD) alle Personen erreichen und einbeziehen, inklusive jene mit geringen digitalen Kompetenzen. Es soll aufgezeigt werden, wie die Massnahmen in die Strategie «DigiSanté» und/oder in die vom Bundesrat geplante Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) integriert werden können.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20234319>

FORSCHUNG

22.3224 Motion

Eingereicht von Benjamin Roudit, Die Mitte

Endometriose. Schluss mit den medizinischen Irrungen und Wirrungen

Status: abgelehnt vom Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Forschung im Bereich der Endometriose stärker zu fördern und dafür dem Schweizerischen Nationalfonds für Forschung einen Auftrag zu erteilen. Im Zusammenhang mit diesem Auftrag sind insbesondere auch die finanziellen Auswirkungen der Endometriose auf die Krankenkassen und die Gesellschaft (späte Operationen, nochmalige Operationen, zahlreiche Arztbesuche, Fehlen am Arbeitsplatz) zu untersuchen.

Relevant u. a. für Gesundheitsfachpersonen und Patient:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223224>

COVID-19

23.4315 Postulat

Eingereicht von der Geschäftsprüfungskommission SR

Allgemeine Bilanz über das Contact-Tracing in der Covid-19-Pandemie

Status: angenommen vom Ständerat. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird ersucht, gemeinsam mit den Kantonen eine allgemeine Bilanz über das Contact-Tracing in der Covid-19-Pandemie zu ziehen.

Relevant u. a. für Kantone und Gesundheitsfachpersonen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20234315>

Weitere gesundheitspolitische Entscheide im 4. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) und vom Bundesamt für Statistik (BfS).

KOSTEN

Bundesrat genehmigt drei Tarifstrukturen im stationären Bereich

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 22. November 2023 hat der Bundesrat die aktualisierten Versionen der nationalen Tarifstrukturen SwissDRG (Version 13.0), TARPSY (Version 5.0) und ST Reha (Version 2.0) genehmigt. Diese Tarifstrukturen gelten ab dem 1. Januar 2024.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) müssen die Tarifpartner – also Versicherer und Leistungserbringer – leistungsbezogene Pauschalen für die Vergütung von Spitalleistungen vereinbaren. Diese Pauschalen beruhen auf landesweit einheitlichen Tarifstrukturen. Die Tarifstrukturen SwissDRG und TARPSY gelten für den akutsomatischen Bereich der Spitäler und Geburtshäuser bzw. für die stationäre Psychiatrie. Die Tarifstruktur ST Reha kommt hingegen im Bereich der stationären Rehabilitation zur Anwendung.

Relevant u. a. für Spitäler, Krankenversicherungen und Kantone

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98825.html>

KOSTEN

Arzneimittelüberprüfung 2023 – Bundesamt für Gesundheit senkt Preise

Bundesamt für Gesundheit BAG

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Rahmen der dreijährlichen Überprüfung für das Jahr 2023 die Preise von 350 Arzneimitteln um durchschnittlich 10 % gesenkt. Es werden aufgrund dieser Überprüfung Einsparungen von mindestens 120 Millionen Franken erwartet. In den letzten zwei Zyklen zwischen 2017 und 2022 hat die Arzneimittelüberprüfung zu Einsparungen von 740 Millionen Franken für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) geführt.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Patient:innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-98433.html>

VERSORGUNG

Bundesrat verabschiedet Impfstoffstrategie für Krisenzeiten

Bundesrat

Der Bundesrat will die Versorgungssicherheit mit Impfstoffen mit Blick auf künftige Pandemien erhöhen und die Position der Schweiz als Standort für die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen stärken. Er hat an seiner Sitzung vom 29. November 2023 die Impfstoffstrategie 2035 verabschiedet und die betroffenen Departemente mit der Umsetzung beauftragt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99071.html>

VERSORGUNG

Operation PANGEA XVI: Internationale Aktion gegen gefälschte und illegal importierte Arzneimittel

Bundesrat

Vom 3. bis 10. Oktober 2023 fand zum 16. Mal die von Interpol koordinierte Operation gegen den illegalen Onlinehandel mit Arzneimitteln statt. Auch dieses Mal war die Schweiz durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), Swissmedic und Swiss Sport Integrity (SSI) vertreten. Im Fokus standen sowohl die bestellten Waren als auch Massnahmen gegen die Online-Anbieter.

Die jährlich durchgeführte Operation Pangea beabsichtigt die koordinierte Bekämpfung des illegalen Heilmittelhandels über das Internet. Insgesamt wurden weltweit von Behörden der 89 beteiligten Länder 1 300 Webseiten geschlossen. Es wurden illegale und gefälschte Arzneimittel im Wert von sieben Millionen US Dollar sichergestellt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98396.html>

PATIENTENSICHERHEIT

Infektionsprävention für eine dauerhafte Wirksamkeit von Antibiotika

Bundesamt für Gesundheit BAG

Antibiotikaresistenzen sind eine stille Pandemie. Die Wirksamkeit von Antibiotika für die Gesundheit von Mensch und Tier langfristig erhalten: Das ist das Hauptziel der nationalen Strategie Antibiotikaresistenzen StAR. Seit 2016 wird diese Strategie vom Bund gemeinsam mit den Kantonen und anderen Akteuren wie Ärzt:innen, Apotheker:innen, Tierärzt:innen und Landwirt:innen umgesetzt. Die Strategie StAR umfasst zahlreiche Massnahmen. Die Prävention und die Bekämpfung von Resistenzen sind die wichtigsten Handlungsfelder dieser Strategie.

Seit der Lancierung im Jahr 2016 wurden im Rahmen der nationalen Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) wichtige Massnahmen umgesetzt, mit denen der Einsatz von Antibiotika reduziert und die Ausbreitung resistenter Bakterien eingedämmt werden konnte. In der Humanmedizin sank der Verbrauch von für die Entwicklung von Resistenzen besonders kritischen «Watch»-Antibiotika zwischen 2012 und 2022 um 37 %, während in der Veterinärmedizin die Antibiotikaverschreibungen seit 2012 um fast die Hälfte zurückgingen und kritische Antibiotika um etwa zwei Drittel reduziert wurden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-98568.html>

PATIENTENSICHERHEIT

Revision des Epidemienetzes zur besseren Bewältigung künftiger Gesundheitskrisen

Bundesrat

Der Bundesrat möchte die Rahmenbedingungen für die Bewältigung künftiger Pandemien verbessern. Zu diesem Zweck hat er an seiner Sitzung vom 29. November 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Epidemienetzes (EpG) eröffnet. Diese Teilrevision soll es Bund und Kantonen ermöglichen, in enger Zusammenarbeit die Gesundheit der Bevölkerung vor künftigen Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten oder Antibiotikaresistenzen zu schützen und die entsprechenden Präventionsmassnahmen rechtzeitig zu ergreifen. Die Vernehmlassung läuft bis zum 22. März 2024.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99055.html>

PATIENTENSICHERHEIT

Bis 2030 soll es in der Schweiz keine neuen Infektionen mit HIV und Hepatitis B- und C-Viren mehr geben

Bundesrat

In den letzten Jahrzehnten wurden in der Schweiz bedeutende Erfolge bei der Prävention und Behandlung von HIV-, Hepatitis B- und C-Virus-Infektionen erzielt. Bis 2030 setzt sich der Bundesrat das Ziel, dass es in der Schweiz zu keinen neuen Übertragungen mit diesen Krankheitserregern mehr kommt. Dazu hat er an seiner Sitzung vom 29. November 2023 das neue nationale Programm «Stopp HIV, Hepatitis B-, Hepatitis C-Virus und sexuell übertragene Infektionen (NAPS)» verabschiedet.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99069.html>

PATIENTENSICHERHEIT

Revision des Heilmittelgesetzes erhöht die Medikationssicherheit

Bundesrat

Das Heilmittelgesetz soll gewährleisten, dass in der Schweiz nur sichere und wirksame Heilmittel in Verkehr gebracht werden. Das Gesetz wird in verschiedenen Punkten revidiert, um die Medikationssicherheit durch einen verstärkten Einsatz digitaler Instrumente zu erhöhen. Eine klare Regulierung der Arzneimittel für neuartige Therapien soll zudem dafür sorgen, dass die Bevölkerung raschen Zugang zu innovativen Behandlungsformen erhält. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 08.12.2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision eröffnet.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99283.html>

PATIENTENSICHERHEIT

Eidgenössische Qualitätskommission: Der Bundesrat genehmigt die Jahresziele 2024

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 22. Dezember 2023 hat der Bundesrat den Jahresbericht der Eidgenössischen Qualitätskommission (EQK) für das Jahr 2022 zur Kenntnis genommen und die Jahresziele für das Jahr 2024 gutgeheissen. Im Vordergrund steht die Fortsetzung verschiedener nationaler Programme, wie die Qualitätsentwicklung in den Alters- und Pflegeheimen sowie bei Sepsis, und eine Studie über unerwünschte Ereignisse im Gesundheitssystem. Die EQK unterstützt auch Massnahmen, die den Abschluss von Qualitätsverträgen fördern.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99548.html>

DIGITALISIERUNG

Gesundheitswesen: Bundesrat will mit DigiSanté die Digitalisierung beschleunigen

Bundesrat

Die Digitalisierung im schweizerischen Gesundheitswesen soll beschleunigt werden. Damit werden die Effizienz des Gesundheitssystems, die Behandlungsqualität und die Patientensicherheit erhöht. Der Bundesrat hat dazu an seiner Sitzung vom 22.11.2023 das Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté) verabschiedet und die Botschaft über einen entsprechenden Verpflichtungskredit an das Parlament überwiesen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98805.html>

DIGITALISIERUNG

Für mehr Transparenz beim Datenmanagement im Gesundheitsbereich

Zur Förderung der Transparenz in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) ist eine kohärente Datenmanagementstrategie erforderlich. Diese soll den Informationszugang erleichtern und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren bei der Datenerhebung und -auswertung fördern. Zu diesem Schluss gelangt ein Bericht, den der Bundesrat an seiner Sitzung vom 08. Dezember 2023 verabschiedet hat.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99282.html>

Bundesrat

FORSCHUNG

Nationale Forschungsprogramme zu antimikrobieller Resistenz, Gesundheitsversorgung und Big Data abgeschlossen

Der Bundesrat ist am 15. November 2023 über den Abschluss von drei Nationalen Forschungsprogramme (NFP) zu den Themen «Antimikrobielle Resistenz» (NFP 72), «Gesundheitsversorgung» (NFP 74) und «Big Data» (NFP 75) informiert worden. Seit der Einführung dieses Förderinstruments 1974 hat der Bundesrat insgesamt 84 NFP zu sehr unterschiedlichen Themen lanciert.

Relevant u. a. für Forschungsinstitutionen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98625.html>

Bundesrat


STATISTIK

Arztpraxen und Grundversorgung in der Schweiz 2018 – 2021 Medizinische Grundversorgung: Halb so viele Ärztinnen und Ärzte pro Kopf auf dem Land wie in der Stadt

Ende 2021 waren in der Schweiz 9 184 Ärztinnen und Ärzte in der medizinischen Grundversorgung tätig. Auf dem Land arbeiteten Ärztinnen und Ärzte im Durchschnitt 8 % mehr Stunden pro Woche als Ärztinnen und Ärzte in der Stadt. In städtischen Gebieten gab es pro 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner eine Grundversorgerin bzw. einen Grundversorger, in ländlichen Gemeinden lediglich 0.4. Dies sind einige Ergebnisse aus einer neuen Publikation des Bundesamtes für Statistik (BFS). Am 31. Dezember 2021 waren in der Schweiz 9 184 Ärztinnen und Ärzte (7 174 Vollzeitäquivalente [VZÄ] über das Jahr betrachtet) in Arztpraxen und ambulanten Zentren tätig. Davon waren 4 785 Männer (4 059 VZÄ) und 4 399 Frauen (3 115 VZÄ).

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Ärzt:innen und Patient:innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.29105538.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik


STATISTIK

Schweizerische Gesundheitsbefragung 2022 Veränderungen bei den psychischen Belastungen

2022 fühlten sich 85 % der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren gesund und 83 % glücklich. Gleichzeitig lebt mehr als ein Drittel mit einem dauerhaften Gesundheitsproblem. Die psychischen Belastungen sind gegenüber 2017 gestiegen. Besonders betroffen ist die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen, im speziellen die jungen Frauen. Der Anteil der Rauchenden ist von 27 % (2017) auf 24 % gesunken. Alternative Produkte wie E-Zigaretten werden besonders von jungen Erwachsenen konsumiert. Beim Alkohol haben sich die Trinkmuster verändert.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Ärzt:innen und die Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.28625365.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Statistiken der Spitalbetriebe 2022 Konsolidierung der Spitaltätigkeit im Jahr 2022

2022 kam es in der Schweiz zu 1.49 Millionen Hospitalisierungen. Der 2021 beobachtete Wachstumstrend bestätigte sich und das Vor-Corona-Niveau (1.47 Mio.) wurde gar übertroffen. Die Anzahl ambulanter Konsultationen blieb 2022 im Vergleich zum Vorjahr mit 24.38 Millionen unverändert. Die Betriebskosten sämtlicher Spitäler zusammengenommen lagen 2022 bei über 33.9 Milliarden Franken (eine Milliarde mehr als im Vorjahr).

Relevant u. a. für Spitäler, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.28025623.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Krankenversicherungsprämien-Index 2023 Prämienwachstum dämpfte die Entwicklung der verfügbaren Einkommen zwischen 2022 und 2023 um 0.4 Prozentpunkte

Der Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) verzeichnet für das Prämienjahr 2023 ein Wachstum von 3.9 % gegenüber dem Vorjahr. Der KVPI erreicht damit einen Indexstand von 202.0 Punkten (Basis 1999 = 100). Anhand des KVPI lässt sich die Auswirkung der Prämienentwicklung auf das Wachstum des verfügbaren Einkommens schätzen. Gemäss der KVPI-Modellrechnung des Bundesamtes für Statistik (BFS) reduziert die Prämiensteigerung das Wachstum des verfügbaren Durchschnittseinkommens 2023 um 0.4 Prozentpunkte.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.29645207.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Ausblick

Frühlingsession

Vom 26. Februar bis 15. März 2024 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Frühlingsession.

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/sessionen/sessionsdaten>